

Editorial 10:

Was ist die Bilanz dieses dritten Jahrestages des sozialen Aufstands?

13. Oct. 2022 Rodrigo Bustos, Generalsekretär von Amnesty International Chile

Drei Jahre nach Beginn der sozialen Unruhen erinnern wir uns an die Tausenden von Menschen, die im ganzen Land auf die Straße gingen, um bessere Lebensbedingungen zu fordern. Die sozialen Forderungen von jenem 18. Oktober sind immer noch gültig und die Behörden müssen dringend darauf reagieren. **Dies bedeutet unter anderem, dass ein partizipativer Verfassungsgebungsprozess vorangetrieben werden muss, der stets die Bevölkerung im Blick behält und zu einer Verfassung führt, die die Menschenrechte in den Mittelpunkt stellt.**

Andererseits vergessen wir nicht die vielen Opfer der schweren und weit verbreiteten Menschenrechtsverletzungen, die im Rahmen der Massenproteste begangen wurden. Diese Aktionen waren vermutlich die Folge einer vorsätzlichen Praxis, die darauf abzielte, die Demonstrant*innen zu bestrafen und sie um jeden Preis zu vertreiben. Im Übrigen müssen wir mit Bedauern feststellen, dass auch drei Jahre nach diesen Verbrechen das System der Straflosigkeit fortbesteht. Von den 10.936 bei der Staatsanwaltschaft eingereichten Fällen sind nur 14 Verurteilungen bekannt, und kein einziges hochrangiges Führungsmittglied wurde wegen seiner mutmaßlichen Verantwortung angeklagt. **Amnesty International hat darauf hingewiesen, dass die individuelle strafrechtliche Verantwortung nicht mit der strafrechtlichen Verfolgung der Person endet, die den Abzug betätigt hat. Die gesamte Befehlskette muss untersucht werden.**

Konkret haben wir in unseren Berichten Ermittlungen gegen die strategischen Befehlshaber der Carabineros gefordert, zumindest gegen den damaligen Generaldirektor, den stellvertretenden Generaldirektor und den Direktor für Ordnung und Sicherheit. **Es ist zweifellos an der Zeit, dass die Staatsanwaltschaft prüft, ob eine Strafanzeige gerechtfertigt ist, und dass die Gerechtigkeit vorankommt.**

Wichtig ist auch, dass die Behörden prüfen, ob der Staatsanwaltschaft, der Menschenrechtsabteilung der Kriminalpolizei und dem gerichtsmedizinischen Dienst mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden können, damit die Ermittlungen in Bezug auf schwere Menschenrechtsverletzungen in angemessener Weise den Sorgfaltsanforderungen entsprechen. Ohne gemeinsame Anstrengungen wird es schwierig sein, in diesem Bereich Fortschritte zu erzielen.

Andererseits ist es wichtig, bei der Umsetzung von Wiedergutmachungsmaßnahmen voranzukommen. Es gibt einige Ankündigungen und Maßnahmen, die in die richtige Richtung gehen, vor allem, weil sie darauf abzielen, die Opfer und ihre Familien in die Gestaltung der Entschädigungspolitik einzubeziehen, aber es ist auch wichtig, deutlich zu machen, dass es noch ein weiter Weg ist, bis der Staat seinen Verpflichtungen in diesem Bereich nachkommt. **Wir werden beispielsweise den Runden Tisch für vollständige Wiedergutmachung und den Plan für die Begleitung und Betreuung von Opfern von Augenverletzungen (PACTO), der das von vielen Opfern in Frage gestellte PIRO-Programm ersetzt, sehr genau beobachten.**

Schließlich ist es notwendig, dass die Reform der Institution der Carabineros mit den von der Regierung eingesetzten Kommissionen vorankommt. Denn man hat lange gewartet und man braucht gut ausgebildete Polizeibeamte, die ihre wichtige Aufgabe erfüllen, die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten, die dabei aber stets die Menschenrechte achten.